

Die sicherheitspolitische Lage Europas

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **43 (1970)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-518065>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die sicherheitspolitische Lage Europas

Militärische Tatsachen

Europa kann 1970 auf eine 25jährige Friedensperiode zurückblicken. Sieht man vom griechischen Bürgerkrieg sowie von mehr oder weniger blutig unterdrückten Erhebungen im kommunistischen Machtbereich ab, so hat im letzten Vierteljahrhundert in Europa in den Beziehungen zwischen den Staaten ein Zustand geherrscht, den man als Frieden bezeichnen könnte. Weil man sich aber unter Frieden üblicherweise ein zwischenstaatliches Verhältnis vorstellt, wie etwa das, welches die Schweiz zu ihren Nachbarn heute unterhält, wird dieser Begriff der europäischen Realität der letzten 25 Jahre kaum gerecht. Denn Berliner Blockade, Propagandakrieg, Minen und Stacheldraht an der Grenze osteuropäischer Staaten zu ihren westlichen Nachbarn, Spionage in grossem Stil und was dergleichen mehr ist, haben mit Frieden wenig zu tun. Der Zustand Europas lässt sich daher am besten mit dem strategischen Begriff der Stabilität umschreiben.

Diese Stabilität bestand nicht von Anfang, das heisst gleich von 1945 an. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges demobilisierten die Vereinigten Staaten und England binnen kurzer Frist. Die USA bauten ihren Mannschftsbestand von 3 Millionen Mann bei Kriegsende auf weniger als 400 000 ab; die Engländer reduzierten ihre Streitkräfte von 1,3 Millionen auf weniger als 500 000 Mann. Diesem Beispiel folgte die Sowjetunion nicht, die bei Kriegsende 490 000 km² fremdes Gebiet mit 93 Millionen Einwohnern annektiert hatte und in den von ihr besetzten osteuropäischen Ländern kommunistische Regierungen einsetzte. (General Beaufre, L'OTAN et L'EUROPE). Es bedurfte der Machtergreifung durch eine kommunistische Minderheit in der Tschechoslowakei, der von Stalin verhängten Blockade Berlins und des Überfalls Nordkoreas auf Südkorea, damit die westlichen Mächte Massnahmen ergriffen, um der Bedrohung zu begegnen, die die rote Armee bedeutete.

Grundlagen der nuklearstrategischen Stabilität

Die strategischen Gegebenheiten haben sich seit Beginn der fünfziger Jahre grundlegend verändert: Die Sowjetunion ist nach den USA ebenfalls zur Atommacht geworden. Bis zur jüngsten Vergangenheit war sie den USA in bezug auf das Nuklearpotential deutlich unterlegen. Heute ist sie diesen jedoch erstmals im wesentlichen ebenbürtig.

Beide Mächte verfügen über ein vielgestaltiges strategisches Instrument, das imstande ist, dem Gegner nach einem Überraschungsangriff untragbare Verluste zuzufügen. Dieses Vergeltungsinstrument besteht aus Langstreckenraketen, ab U-Boot eingesetzten Raketen sowie aus Bombern. Diese Mischung von strategischen Trägerwaffen verschiedener Typen ist als solche eine Schutzmassnahme. Um sie alle oder um sie grösstenteils ausschalten zu können, müsste ein Angreifer verschiedene sehr leistungsfähige offensive Abwehrsysteme besitzen, was ausserordentlich kostspielig wäre. Die unverwundbarste Waffe sind die U-Boot-Raketen. Die Amerikaner beurteilen ihre Polaris-Boote als «im wesentlichen unverwundbar» (Verteidigungsminister Laird). Die Langstreckenraketen werden durch aufgelockerte Bereitstellung — die Distanz zwischen den einzelnen Raketensilos beträgt etwa 15 km — sowie Verbunkerung der Silos geschützt. Die immer grösser werdende Präzision der Raketen beider Seiten droht diesen Schutz zu entwerten. Die USA planen aus diesem Grund die Aufstellung eines Raketenabwehrsystems zum Schutz ihrer Raketen- und Bomberstützpunkte (Safeguard). Bisher — und heute noch — waren die Bomber weniger gefährdet, als vielfach angenommen wird. 40 % der etwa 500 amerikanischen Langstreckenbomber können innerhalb von 15 Minuten starten. In den nächsten Jahren droht sich dies als Folge der Expansion der russischen Raketen-U-Boot-Flotte zu ändern. Angreifende Interkontinentalraketen werden aber von den amerikanischen Radars etwa 25 Minuten vor der Detonation erfasst. Das strategische Atompotential der USA und der Sowjetunion sieht wie folgt aus:

	USA	Sowjetunion
Interkontinentalraketen	1054	1300
ballistische U-Boot-Raketen	656	205
Langstreckenbomber	505	140

(Quelle: The Military Balance 1970 – 1971, The Institute for Strategic Studies, London)

Konventioneller Krieg wieder eher möglich

Diese Fähigkeit zum «zweiten Schlag», über welche beide Grossmächte verfügen, bedeutet, dass sie sich in bezug auf die Verwendung strategischer Atomwaffen weiterhin lähmen. Gerade für Europa ergeben sich daraus Konsequenzen. Die abschreckende Wirkung der strategischen Atomwaffen auf die konventionelle Ebene wird schwächer. Eine rücksichtslose Macht könnte unter solchen Umständen versucht sein, beispielsweise in einer Krisensituation konventionelle Waffen in der Annahme einzusetzen, die andere Grossmacht werde sich hüten, zur strategischen Atomwaffe zu greifen. Diese Gefahr ist besonders gross, wenn ein konventionelles Ungleichgewicht besteht — wie das in Europa der Fall ist.

Wenn die Lage in Europa trotz dieses seit 1945 bestehenden Ungleichgewichts zwischen der konventionellen Stärke der NATO einerseits und des Warschauer Paktes andererseits als stabil bezeichnet wird, so aus zwei Gründen: Einmal wegen der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa, vor allem in Deutschland. Es wäre, solange die USA den Russen atomar klar überlegen waren, also bis etwa 1965, für die Russen sehr riskant gewesen, die amerikanischen Truppen in Europa anzugreifen. Und das bleibt auch im Zeichen der atomaren Parität ein nicht zu unterschätzendes Risiko.

Zentrale Rolle des taktischen Atompotentials

Der zweite Grund für diese Stabilität liegt in den taktischen Atomwaffen, die in Westeuropa bereitstehen. Diese für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld sowie gegen Reserven und den Versorgungsapparat bestimmten rund 7000 Atomladungen, die von 2250 Flugzeugen und Raketen sowie von Geschützen ins Ziel gebracht werden können, stellen ein gewaltiges Zerstörungspotential dar. Würden diese atomaren Mittel in grösserer Zahl eingesetzt, so nähme der Kampf einen Charakter an, über den sich nur spekulieren lässt. Fest steht lediglich, dass furchtbare Verluste eintreten würden. Darum schrecken die taktischen Atomwaffen ab. Sie schrecken aber auch ab, weil mit ihrem Einsatz der unheilschwangere Vorgang der atomaren Eskalation in Gang käme. Der Gegner kann nicht wissen, ob diese nicht schliesslich doch zum Einsatz strategischer Waffen gegen sein Heimatgebiet führen würde — ganz abgesehen davon, dass verschiedene «taktische» Atomwaffenträger des Westens wie Pershing-Raketen und Phantom sowie Starfighter-Flugzeuge sowjetisches Territorium treffen können.

Europas Stabilität hängt somit in entscheidender Weise ab von der Präsenz der USA in Europa und vom Vorhandensein eines enormen taktischen Atompotentials, das nur vom amerikanischen Präsidenten freigegeben werden kann. Das muss in einem Zeitpunkt zu denken geben, da der Druck auf die Regierung in den USA zunimmt, die in Europa stationierten Truppen abzuziehen.

Deutliche konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes

Das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa ist, wie erwähnt, alles andere als ausgewogen. Die folgenden Zahlen reden eine deutliche Sprache. Im Abschnitt Europa Nord/Mitte stehen einander folgende Grossverbände gegenüber (in Klammern die Zahlen für 1969)

	NATO	Warschauer Pakt	davon sowjetisch
Panzerdivisionen	8 (8)	31 (30)	19 (19)
Mechanisierte, Infanterie- und Luftlandedivisionen	16 (16)	38 (35)	21 (20)

Bei den aufgeführten Verbänden handelt es sich um diejenigen, welche jetzt, im Frieden verfügbar sind. Die auf den ersten Blick erdrückende Überlegenheit des Warschauer Paktes wird dadurch etwas gemildert, dass die westlichen Panzer als leistungsfähiger gelten, die westlichen Divisionen über weit mehr Panzerabwehrwaffen verfügen, sie auch erheblich bestandesstärker sind als die östlichen. Die Achillesferse der Ostblock-Verbände könnte bei der Versorgung liegen, die verglichen mit der westlichen recht knapp dotiert ist. Bei den Kampfpanzern liegen die Verhältnisse wie folgt:

	NATO	Warschauer Pakt	davon sowjetisch
Kampfpanzer	5500	14 000	8000

Was endlich die Flugzeuge betrifft, haben wir es mit folgenden Beständen zu tun:

	NATO	Warschauer Pakt	davon sowjetisch
Jagdbomber	1400	1300	1000
Interzeptoren	350	2000	900
Aufklärer	400	400	300

(Alle Zahlen nach «The Military Balance 1970 – 1971», ISS, London)

Die sogenannte Entspannung ändert nichts an der Bedrohung

Die eklatante Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Satelliten, die aus diesen Tabellen hervorgeht, brauchte nicht zu sein. Zwar kann es sich für die westeuropäischen Länder nicht darum handeln, mit dem Osten gleichziehen zu wollen. Aber ein ausgewogeneres Kräfteverhältnis wäre für das wirtschaftlich starke Westeuropa bei der Wahl zweckmässigerer Organisationsformen — etwa im Sinn einer Miliz wie der israelischen oder der unsrigen wenigstens für Teile der Streitkräfte — und entsprechender Einsatzbereitschaft des Volkes ohne weiteres erreichbar. Und nötig sind vermehrte Anstrengungen auf westlicher Seite, weil die von oberflächlichen Leuten gern gepriesene «Entspannung» bislang lediglich atmosphärische Veränderungen anzeigte. An den harten Tatsachen hat sich nichts geändert, und die Sowjetunion macht nicht Anstalten, ihre militärische Macht einzuschränken. Im Gegenteil, sie baut sie aus.

Dominique Brunner

Sind die schweizerischen Militärausgaben tragbar?

Die militärischen Aufwendungen der westeuropäischen Länder sind primär auf die als Bedrohung empfundene militärische Stärke der Sowjetunion beziehungsweise des Warschauer-Paktes zurückzuführen. «In Mitteleuropa unterhält der Warschauer Pakt wesentlich stärkere konventionelle Streitkräfte als die NATO. Sie sind weit stärker, als dies für die Abwehr eines Angriffs aus dem Westen nötig oder für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft erforderlich wäre» (Weissbuch 1970 «Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr»). Die nachstehenden Zahlen, die das Kräfteverhältnis im Abschnitt Europa-Nord / Mitte bei den Bodestreitkräften wiedergeben, erhärten dies:

	NATO	Warschau-Pakt	davon SU
Panzerdivisionen	8	31	19
Infanterie-, mechanisierte, Luftlandedivisionen	16	38	21

Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass die Möglichkeiten auf Grund des Rüstungsstandes ausschlaggebend sind und nicht die vermuteten Absichten einer potentiell feindlichen Macht.

Über das Ausmass unserer militärischen Anstrengungen entscheiden drei Faktoren, nämlich unser Wille zur Selbstbehauptung, die potentielle Bedrohung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes. Der Wille zur Selbstbehauptung ist bei uns, gesamthaft gesehen, vorhanden. Die potentielle Bedrohung verlangt offensichtlich die Vorbereitung auf einen möglichen Ernstfall. Zu klären bleibt somit noch die Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit unserer Wehranstrengungen.

Die Militärausgaben des Bundes

Der Vergleich der Wehraufwendungen mit dem Sozialprodukt bildet eines der wichtigsten Kriterien zur Beurteilung der Tragbarkeit der Militärausgaben. (Dr. W. Günthardt, Die volkswirtschaftliche Tragbarkeit unserer Wehraufwendungen, Schweizerische Handelszeitung, 17. März 1966). Diese Auffassung herrscht nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland. Die absoluten Zahlen dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Die militärische Planung ging für die Planungsperiode 65 – 69, gestützt auf den Bericht Jöhr, von einem Anteil der militärischen Bundesausgaben am Bruttosozialprodukt von 2,7 % aus. Es ist bemerkenswert, dass dieser überaus tragbare Anteil nie erreicht wurde.